

Extremwetter in der Region sorgt für massive Kosten

Anpassung an Klimawandel wichtig – sonst könnten auch Versicherungsbeiträge steigen

Von Sebastian Knoppik

Kreis Hildesheim. Extremwetter wie Starkregen oder Hagel sorgen auch in der Region Hildesheim für massive Schäden. Die Wohnhäuser vieler Menschen werden beschädigt oder sogar komplett zerstört. Allerdings sind die meisten von ihnen versichert. Den Versicherungen entstehen entsprechend hohe Kosten. Im Landkreis Hildesheim waren es zwischen 2002 und 2022 durchschnittlich rund 2519 Euro pro beschädigtem Gebäude, davon 1475 durch Sturm und Hagel sowie 1044 durch Überschwemmung und Starkregen.

Das geht aus Zahlen des Gesamtverbands der Versicherer (GDV) hervor, die von Correctiv.Lokal und dieser Zeitung ausgewertet wurden. Die größten Schäden in dem genannten Zeitraum richtete der Orkan Kyrill an, der am 18. Januar 2007 über Europa hinwegfegte. Elf Menschen kamen dabei in Deutschland ums Leben. Der Gesamtschaden ging in die Milliarden. Im Kreis Hildesheim waren damals 20,5 Prozent der versicherten Gebäude von den Folgen des Orkans betroffen. Die durchschnittliche Schadenshöhe war allerdings mit 854 Euro recht überschaubar. Offenbar meldeten damals viele Versicherungsnehmer auch kleinere Schäden.

Das Hochwasser im Kreis Hildesheim mit den meisten Schäden ereignete sich laut der Daten im Juli 2017. Damals mussten Teile von Itzum evakuiert werden, auf der Domanie Marienburg entstand ein Millionenschaden, viele Geschäfte in der Bad Salzdetfurther Altstadt wurden komplett zerstört. Tagelang kämpften die Einsatzkräfte in der Region gegen die Wassermassen. Die Schäden waren aber nicht so flächendeckend wie die durch Kyrill zehn Jahre vorher. 2,5 Prozent der versicherten Gebäude wurden durch das Hochwasser beschädigt. Der Schaden an den einzelnen Gebäuden war mit durchschnittlich 16.409 Euro aber deutlich höher.

Extremwetterereignisse wie



Extremwetterereignisse wie das Hochwasser 2017 (auf dem Foto die damalige Lage in Itzum) sorgen für massive Kosten.

FOTO: CHRIS GOSSMANN

Sturm, Hitze, Überschwemmungen oder Starkregen nehmen in Deutschland seit Jahren zu. So hat es zwischen Juli 2023 und Juni 2024 mehr geregnet als je zuvor seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881, wie aus einer Studie des Deutschen Wetterdienstes hervorgeht. Doch bisher ist kaum ein Landkreis auf diese Entwicklung vorbereitet. „Zu viel Klimawandel trifft auf zu wenig Schutz davor“, bringt es der Gesamtverband der Versicherer auf den Punkt.

Der Landkreis Hildesheim, von der Redaktion nach Maßnahmen gegen Extremwetterereignissen gefragt, verweist auf den Hochwasserverband Innerste, bei dem mehrere Städte und Landkreise entlang des Flusses kooperieren, sowie auf die

Kooperation mit Correctiv

Diese Recherche ist Teil einer Kooperation mit Correctiv.Lokal, einem Netzwerk für Lokaljournalismus, das datengetriebene und investigative Recherchen gemeinsam mit Lokalredaktionen umsetzt. Correctiv.Lokal ist Teil des gemeinnützigen Recherchezentrums Correctiv, das sich durch Spenden finanziert. Mehr unter correctiv.org/lokal

eigenen Hochwasserschutzprojekte des Landkreises. Eine Übersicht auf der Website des Landkreises listet insgesamt 17 Projekte mit Kosten von insgesamt fast 30 Millionen Euro auf. Die größten davon sind ein Rückhaltebecken für Alme und Riehe (10,3 Millionen), eine Hochwasserschutzmauer in Groß Dungen (8,9 Millionen) sowie ein Deich und eine Schutzmauer in Ruthe (3 Millionen). Wann diese Projekte umgesetzt werden, ist unklar.

Damit es insgesamt in Deutschland schneller geht in Sachen Anpassung an Extremwetter wurde das 2024 in Kraft getretene Klimaanpassungsgesetz verabschiedet. Doch bislang streiten sich Bund, Länder und Kommunen noch um die Finanzierung der nötigen Maß-

nahmen zur Klimaanpassung. Laut früheren Angaben des Bundesumweltministeriums beträgt der Finanzbedarf dafür allein bis 2030 rund 38,5 Milliarden Euro.

Sollten Klimafolgenanpassungen nicht konsequent umgesetzt werden, dann könnte es nach Schätzungen des GDV innerhalb der nächsten zehn Jahre sogar zu einer „Verdopplung der Prämien für Wohngebäudeversicherungen kommen“, so GDV-Sprecherin Katrin Jarosch: „Betroffen wären alle Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer, anteilig über die Miete auch alle Mieterinnen und Mieter.“ Im schlimmsten Fall könnten Gebäudeversicherungen so teuer werden, „dass sich das Kunden und Kundinnen nicht mehr leisten können“.